



► **Nr. VO/2013/00725**
öffentlich

Lübeck, 26.07.2013

Bearbeitung: Maik Schneider (E-Mail: maik.schneider@luebeck.de Telefon: 122-3912)

Niederschrift über die 34. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat vom 06.05.2013 in der Wahlperiode 2008 - 2013

Hiermit wird in der Anlage zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 20.08.2013 die Niederschrift über die letzte Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat vom 06.05.2013 zur Genehmigung vorgelegt.



N I E D E R S C H R I F T

Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat

Sitzungstermin: Montag, 06.05.2013
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:05 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungsraum bei der Polizei, Possehlstraße 4, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Thomas Rathcke - FDP

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Henri Abler - SPD

Vertretung für: Herrn Schaffenberg,
Ingo

Rüdiger Hinrichs - Freie Wähler

Rolf Klinkel - Bü90

Hans-Jürgen Martens - LINKE

Jochen Mauritz - CDU

Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Wolfgang Barg - SPD

Vertretung für: Herrn Welsch, Arne

Paul Friedrichsen - SPD

Carsten Gutjahr - CDU

Paul-Helmut Ollrogge - SPD

Karl-Wilhelm Prasuhn - CDU

Ingrid Stockfisch - CDU

Beratendes Mitglied

Martin Böhlke - BfL

Verwaltung

Manfred Hellberg - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Bernd Möller - Fachbereichsleitung
Angela Neitzke - Fachbereichscontrolling
Bernd Neumann - 3.370 - Feuerwehr
Egbert Ohlow - 3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Reinhard Rocksien - 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Peter Tengler - Personalrat Feuerwehr

Protokollführung

Lisa Paetzold – Fachbereichsdienste FB 3

Sonstige Personen

Heiko Hüttmann - Polizeidirektion Lübeck
Jürgen Oldenburg - Seniorenbeirat

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jana Lange - FDP	entschuldigt
Ragnar Harald Lüttke - LINKE	unentschuldigt
Ingo Schaffenberg - SPD	entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Helga Lenz - Bü90	entschuldigt
Arne Welsch - SPD	unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Niederschriften vom 04.03.2013
4. Mitteilungen
 - 4.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung
 - 4.3. Beantwortung von Anfragen
 - 4.3.1. Vandalismus in Lübeck (Anfrage Herr Böhlke, vertagt am 04.03.2013 unter TOP 4.3.1)
 - 4.3.2. Unfall- und Lärmschwerpunkte (Anfrage Frau Lenz, vertagt am 04.03.2013 unter TOP 4.3.2)
 - 4.3.3. Ummeldungen Travemünde (Anfrage Herr Zahn)
 - 4.3.4. Parkplatz Meesenplatz (Anfrage Herr Schaffenberg)
 - 4.4. Polizeibeirat
5. Aktuelles aus der Bürgerschaft
6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7. Anträge von Ausschussmitgliedern
8. Vorlagen
9. Berichte
10. Neue Anfragen und Verschiedenes
 - 10.1. Fußballgewalt Lübeck

Nichtöffentlicher Teil:

11. Niederschriften vom 04.03.2013
12. Mitteilungen
13. Beantwortung von Anfragen

14. Anträge
15. Vorlagen
16. Berichte
17. Neue Anfragen und Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

18. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Rathcke begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den Polizeibeirat und die Öffentlichkeit und verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 GO Herrn Barg als bürgerliches Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheit und führt ihn in sein Amt ein.

Anschließend begrüßt er den ehemaligen Vorsitzenden Herrn Stier, welcher sich vom Ausschuss verabschieden wolle. Im Namen des Ausschusses danke er ihm für seinen persönlichen Einsatz im Ausschuss, insbesondere bei den Themen Fußballgewalt, Hafennutzungssatzung und der Feuerwehr.

Herr Möller fügt hinzu, dass er die Art und Weise, wie Herr Stier den Ausschuss gestaltet habe, sehr schätze. Man sei immer sachlich geblieben und die Zusammenarbeit zwischen Vorsitzendem und Verwaltung habe gut funktioniert. Es habe meist eine entspannte Atmosphäre geherrscht und er wünsche ihm alles Gute für die Zukunft.

Herr Zahn ergänzt, dass der Ausschuss ein starkes Team gewesen sei und wünscht Herrn Stier im Namen der SPD auch alles Gute.

Herr Stier bedankt sich für die tolle Erfahrung, die er erlangen konnte. Er habe stets Spaß an der Ausschussarbeit gehabt und wünsche allen viel Erfolg bei den bevorstehenden Kommunalwahlen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Rathcke erklärt, dass es keine schriftlichen Einwände gegen die Tagesordnung gegeben habe und fragt nach, ob es Änderungswünsche gebe.

Herr Martens bittet darum, von der Verwaltung etwas über den Vorfall in der Sanaklinik zu hören und von ihm vorbereitete Fragen zu beantworten.

Herr Rathcke lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung einstimmig fest.

zu 3 Niederschriften vom 04.03.2013

Herr Rathcke erklärt, dass es folgende schriftlichen Einwände gegen die Niederschrift gegeben habe:

Herr Schaffenberg bittet um folgende Änderungen:

TOP 4.3.3 – Zweites Notarzteinsatzfahrzeug in Lübeck

Seite 7, Absatz 1: „Herr Bähr erklärt, dass Herr Hoffmann einige Fragen...“
ändern in „Herr Bähr erklärt, dass Herr Schaffenberg einige Fragen...“

Seite 8, nach Absatz 3 hinzufügen: „Herr Schaffenberg möchte wissen, wie teuer es für die Hansestadt Lübeck werden würde, wenn diese das zweite Notarzteinsatzfahrzeug bis zum 30.06.2013 auf eigene Kosten fortführen würde.“

Herr Bähr antwortet, dass er diese Frage nicht beantworten könne.“

Herr Rathcke fragt nach, ob es weitere Anmerkungen gebe.

Herr Mauritz bittet um folgende Änderung:

TOP 1 – Eröffnung/ Begrüßung/ Feststellung der Beschlussfähigkeit

Seite 5, nach Absatz 2 hinzufügen: „ Herr Stier verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 GO Herrn Prasuhn als bürgerliches Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheit und führt ihn in sein Amt ein.“

Der Ausschuss stellt die geänderte Niederschrift einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

Herr Stier erklärt, dass er sich vor der Sitzung mit Herrn Oldenburg zusammengesetzt und vereinbart habe, dass er am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen dürfe, da es sich um seniorenrelevante Themen handle.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

zu 4.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

[Winterdienst]

Herr Rathcke erklärt, dass ein Bürger einen Brief an den Ausschuss gerichtet habe, in dem er über seine Sicht des Winterdienstes berichtet und darum bittet, das Thema im Ausschuss aufzugreifen.

Herr Möller berichtet, dass die Winterdienstauswertung in den nächsten Wochen im Werk-ausschuss vorgestellt würde. Es habe tatsächlich einige hochgradige Stresstage gegeben. Die MitarbeiterInnen der EBL und zusätzlich von Fremdfirmen hätten massiv gearbeitet, trotzdem habe es Lücken gegeben, dies werde man nun analysieren. Zudem sei der Winter außergewöhnlich lang gewesen.

Herr Zahn schlägt vor, den Brief zu Protokoll zu geben und das Thema weiter im Werkausschuss zu besprechen.

Anmerkung der Protokollführerin: Anbei der unveränderte Wortlaut des Briefes:

Ordnungsrecht nur bis zur Rathaustür-Innenseite; Ignoranz von außerordentlichen Missständen

Petition gegen die ordnungsbehördliche/-politische Untätigkeit in der Hansestadt Lübeck

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Stier,
sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder.

Nach zehn Jahren und zehn Monaten bin ich im November 2009 wieder in meine Geburts- und Heimatstadt Lübeck zurückgekehrt. Vieles hat sich verändert, vieles ist beim Alten geblieben. Es gab seither für mich viel Neues zu entdecken, manches half mir, mich wieder heimisch zu fühlen, manches wirkte eher befremdlich auf mich und lies mich zu diesem Schreiben hinreißen.

Ich möchte die aktuelle Situation des neuerlichen Wintereinbruchs aufgreifen, um Ihnen anhand von Beispielen aus der Lebenswirklichkeit zu schildern, weshalb ich von Lübeck mittlerweile enttäuschter bin als zufriedener.

Ich habe einen Arbeitsweg von etwa 2,5 km und fahre grundsätzlich mit dem Fahrrad. Weder der gelegentliche Regen noch die winterliche Kälte halten mich hiervon ab. Dennoch bin ich zu meinem Bedauern und gezwungenermaßen seit drei Tagen zu Fuß unterwegs. Nicht auf Grund technischer Mängel an meinem Fahrrad, sondern weil es schier **unmöglich** ist, sicher und verkehrsregelkonform von A nach B zu gelangen.

Weder die Stadt als Grundstückseigentümerin noch andere Anlieger — mit sehr sehr wenigen Ausnahmen - setzen die Notwendigkeit um, für schnee- und eisfreie Geh- und Radwege entlang ihrer Grundstücke zu sorgen. Hauptsache der Kraftfahrzeugverkehr läuft.....

Durch das „Nichträumen“ wäre ich gezwungen, sofern ich unfallfrei und damit unverletzt mit dem Rad meine Arbeitsstelle erreichen wollte, auf den geräumten Straßen zu fahren oder, was eigentlich nichts mehr mit Fahrradfahren zu tun hätte, das Rad auf den verschneiten und vereisten Gehund/oder Radwegen zu schieben.

Aber ich möchte hier nicht nur mein Leid klagen, sondern mich auch für diejenigen verwenden, die es nicht so gut haben wie ich, denen es nicht möglich ist, auf andere Fortbewegungsmöglichkeiten auszuweichen. So konnte ich beobachten, wie beschwerlich, wie zuweilen es unmöglich ist, für ältere Menschen mit Gehhilfen (Krücken, Rollatoren) oder Mütter mit Kinderwagen die alltäglichen Wegstrecken unter diesen Bedingungen zu meistern.

Aber nicht nur der Winter zeigt mir weitere hässliche Gesichter von menschlicher Ignoranz und ordnungsrechtlicher Wirkungslosigkeit bzw. Untätigkeit.

Laufenlassen der Motoren während des Freikratzens, Benutzung von motorbetriebenen Schneefräsen an Sonn- und Feiertagen, Lieferverkehr ohne Einhaltung der Nachtruhe, Halten oder gar Parken auf Geh- und Radwegen, vor und in Feuerwehruzufahrten, in zweiter und dritter Reihe, rasende Pizza- und andere Lieferservices in 30er-Zonen, abgestellte Lkw über 7,5 to in Wohngebieten, Motorrollerfahrten durch öffentliche Parkanlagen, Verkotung von Grünflächen, fehlende Angabe von Zusatzstoffen in Speisekarten, rauchfreie Zonen in Speiselokalen und und und.

Aber auch die richtige Ausschilderung und Sicherung von Baustellen (z. B. die richtige Höhe der verwendeten Verkehrszeichen) würden für mehr Sicherheit sorgen.

Gebote, Verbote und andere Hinweise zu richtigem Verhalten sind jedoch nur so gut und wirkungsvoll, wie deren Einhaltung auch kontrolliert und auch sanktioniert wird. Ich weiß, dass Kontrollen Personal notwendig machen und damit auch immer Geld in die Hand genommen werden muss, aber gar nichts zu unternehmen, immer nur zuzugucken und somit dazu beizutragen, dass sich das Fehlverhalten verfestigt?

Ich denke, dass ich als Bürger dieser schönen Stadt das Recht habe, einen Anspruch auf rechtmäßige Zustände, auf einen gefahrlosen Arbeitsweg, auf meine wohlverdiente Nachtruhe, auf geordnete Lebensumstände.

Deshalb fordere ich Sie gerne auf, einer Verfestigung von Missständen entschieden entgegen zu wirken und für mehr Kontrollen, mehr Sanktionen und damit für mehr Sicherheit zu sorgen. Setzen Sie mehr Kontrollkräfte (Ordnungsamt und Polizei) ein, machen Sie deutlich, dass es keinesfalls so weiter gehen darf.

Sehr geehrter Herr Stier, ich möchte Sie bitten, dass Sie mein Schreiben in der nächsten Ausschusssitzung zum Anlass einer grundsätzlichen Diskussion nehmen und den Verantwortlichen die beschriebenen Sachverhalte in aller Deutlichkeit beibringen. Über das Ergebnis dürfen Sie mich gerne per Email in Kenntnis setzen.

Leider ist es mir aus terminlichen Gründen nicht möglich, persönlich an der nächsten Ausschusssitzung am 06.05.2013 teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

[Zweites Notarzteinsatzfahrzeug in Lübeck]

Herr Neumann verkündet, dass die Pilotphase nun bis zum Jahresende von den Krankenkassen akzeptiert werde und derzeit das Gutachten für die Krankenkassen erstellt werde, ob das zweite Notarzteinsatzfahrzeug in Lübeck benötigt werde. Er habe dabei allerdings keine Bedenken.

Herr Zahn fragt nach, ob die Einsatzzeiten bei Montag bis Freitag 7:00 – 15:00 Uhr bestehen blieben und ob die Kosten ausschließlich von den Krankenkassen getragen würden.

Herr Neumann bejaht dies und versichert, dass die Stadt in diesem Jahr keinerlei Kosten hierfür übernehmen müsse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

[Vergabevorlage Wirtschaftlichkeit Feuerwehr]

Herr Möller erklärt, dass die Vergabevorlage zur Wirtschaftlichkeit der Feuerwehr nicht mehr vor der Sommerpause fertig gestellt werden würde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Vandalismus in Lübeck (Anfrage Herr Böhlke, vertagt am 04.03.2013 unter TOP 4.3.1)

Herr Hüttmann erklärt, dass man unter dem Begriff Vandalismus eine Sachbeschädigung verstehe. In Lübeck sei an erster Stelle die Sachbeschädigung an Kfz, darauf folge die sonstige Sachbeschädigung und dann kämen Graffiti und Feuer. Insgesamt habe es im Jahr 2010 fast 3500, im Jahr 2012 2700 Sachbeschädigungen gegeben. Auffällig sei der Rückgang von Sachbeschädigungen durch Graffiti, im Jahr 2010 seien es noch fast 800 Strafta-

ten, 2012 noch 450 gewesen. Dies könne daran liegen, dass es weniger Jugendliche in Lübeck gebe, Graffiti würden fast ausschließlich von jungen Menschen gesprüht. Die Polizei verstärke dort die Überwachung, wo sich Vorfälle häufen würden.

Herr Möller berichtet, dass es eine Initiative von HausbesitzerInnen in der Innenstadt gebe, welche die Graffiti zeitnah wieder entfernen und sich über Vorkommen austauschen könnten.

Anmerkung der Protokollführerin: Anbei die detaillierten Zahlen der Polizei:

	2010	2011	2012
Straftaten gesamt	3439	3249	2700
davon aufgeklärt	906	746	607
in %	26	23	22
Tatverdächtige	742	669	622

Delikte

Sachbeschädigung an Kfz	1352	1290	1099
Sonstige Sachbeschädigung	1107	1100	981
Sachbeschädigung durch Graffiti	795	699	447
Sachbeschädigung durch Feuer	99	94	130
Gemeinschädliche Sachbeschädigung	75	58	39
Gemeinschädliche Sachbeschädigung Graffiti	11	4	9
Sonstige Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel	0	3	1
Zerstörung von Bauwerken	0	1	0

davon entfallen die Anteile der Straftaten auf folgende Stadtteile

Innenstadt	665	617	417
St. Lorenz Nord	607	558	506
St. Gertrud	430	437	410
St. Jürgen	357	291	280
Travemünde	259	236	159
St. Lorenz Süd	235	236	201
Schlutup	193	169	126
Moisling	190	133	182
Kücknitz	184	226	169
Buntekuh	146	201	119
Eichholz	102	67	87
Hüxtertor	60	70	42
Blankensee	11	8	2

Herr Rathcke erläutert, dass die Vertreterin des Schleswiger Projektes „Nachtraben“ leider nicht an dieser Sitzung teilnehmen können, sie das Projekt jedoch gerne in nächster Zeit in Lübeck vorstellen würde.

Herr Möller sagt zu, den Kontakt zwischen dem Lübecker Kriminalpräventiven Rat und dem Projekt „Nachtraben“ herzustellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.2 Unfall- und Lärmschwerpunkte (Anfrage Frau Lenz, vertagt am 04.03.2013 unter TOP 4.3.2)

Herr Hüttmann informiert, dass die Unfallschwerpunkte in Lübeck hauptsächlich die Verteilungskreise seien. Die Meisten Unfälle würden am Lindenplatz passieren, darauf folge der Berliner Platz, Mühlentorteller, Lohmühlenteller und der Gustav-Radbruch-Platz. Auch die Kreuzungen „Bei der Lohmühle/ Brockesstraße“ und „Marlistraße/ Arnimstraße“ seien belastet.

Herr Mauritz fragt nach, ob es sich nur um Unfälle zwischen Kfz handele oder auch mit Fahrrädern.

Herr Hüttmann antwortet, dass dies gemischt sei und auch Fußgänger zum Teil beteiligt seien.

Herr Hellberg führt aus, dass alle fünf Jahre ein Lärmkataster aktualisiert werde, in dem alle Straßen verzeichnet seien, welche jährlich von über 3 Millionen Kfz passiert würden. Die genannten Unfallschwerpunkte seien ebenfalls Lärmschwerpunkte. Derzeit seien 60 Lübecker Straßen betroffen. Maßnahmen würden dort vorrangig getroffen, wo viele Personen betroffen seien. Die bereits aufgestellten Blitzer im St.-Jürgen-Ring hätten Messungen zu Folge eine Lärminderung von 1dB erreicht. Es sei zwar immer noch laut dort, allerdings sei das Wohlbefinden der Anwohner nach eigenen Aussagen gestiegen. Im Rahmen des Aktionsplanes habe man an einigen Straßen den Einbau von Lärmschutzfenstern bezuschusst. Auch Flüsterasphalt werde zum Teil verwendet.

Frau Stockfisch möchte wissen, wonach die Straßen beurteilt würden und wie lange jede Straße beobachtet werde.

Herr Hellberg sagt, dass unter anderem die Anzahl der Anwohner und der Straßenbelag ausschlaggebend seien. Man beobachte jede Straße zwei unterschiedliche Tage und greife auf die Erfahrungen der vorherigen Werte zurück.

Herr Mauritz fragt, welchen Unterschied man zwischen normalem Asphalt und Flüsterasphalt bemerkt habe.

Herr Hellberg antwortet, dass es sich um Werte zwischen 3 und 7 dB handele.

Herr Oldenburg führt aus, dass man doch bei jeder zukünftigen Straßensanierung Flüsterasphalt verwenden könne.

Herr Hellberg bestätigt, dass dies in dem Aktionsplan vorgesehen sei. Der Bereich Verkehr bedenke dies bei jeder Komplettanierung.

Herr Prasuhn fragt, ob die Bevölkerung über das Projekt und die Vorhaben informiert worden sei oder noch werde.

Herr Hellberg erklärt, dass bei Veranstaltungen Flyer verteilt worden seien.

Herr Dedow möchte wissen, ob das Mikrophon an einem festen Platz im St.-Jürgen-Ring befestigt worden sei. Durch die Blitzer würden die Autofahrer abwechselnd bremsen und Gas geben.

Herr Hellberg erzählt, dass die Lärmkarte (**Anlage 1**) auf Berechnungen der Zukunftswerkstatt der Fachhochschule beruhe. Diese messe an verschiedenen Stellen.

Herr Rathcke fragt nach, ob der Flüsterasphalt teurer sei als der normale.

Herr Hellberg antwortet, dass sich preislich kein großer Unterschied zeige, jedoch müsse man, um Flüsterasphalt verwenden zu können, den kompletten Straßenbelag erneuern und nicht nur die obere Schicht.

Herr Möller führt aus, dass es bundeseinheitlich standardisierte Verfahren zur Lärmfeststellung gebe. Nicht jede Kommune würde überhaupt Messungen durchführen, sondern Verkehrszählungen anwenden.

Herr Mauritz informiert sich, ob Lärmschutzwände viel bringen würden.

Herr Hellberg erklärt, dass dies davon abhängig sei, wie viele Bauwerke dahinter stünden, da auch diese wie Lärmschutzwände wirkten.

Herr Gutjahr erkundigt sich, ob auch der Bahnlärm untersucht werde.

Herr Hellberg berichtet, dass dies parallel laufen hätte sollen. Die Deutsche Bahn solle ihre Werte selbst liefern. Mit der Smartphone-App „Sound of the city“ könne man auch selbst den Lärm um sich herum messen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.3 Ummeldungen Travemünde (Anfrage Herr Zahn)

Herr Rocksien berichtet, dass seine Ermittlungen ergeben hätten, dass es in Travemünde keine Auffälligkeiten bei der Anzahl der Um- und Anmeldungen gebe. Diese würden durchschnittlich bei 10-20 pro Servicetag liegen.

Herr Zahn erklärt, dass er die Anfrage gestellt habe, da die Situation in der Presse anders dargestellt worden sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.4 Parkplatz Meesenplatz (Anfrage Herr Schaffenberg)

Herr Ohlow erklärt, dass er einige Fragen von Herrn Schaffenberg erhalten habe, die er nun beantworten werde. Die erste Frage sei gewesen, wie das Parken in Mischgebieten für LKW geregelt sei. Dort gebe es keine speziellen Parkbeschränkungen für LKW. Es sei lediglich auch dort nicht zulässig, Anhänger länger als 14 Tage dort abzustellen, ohne diese zu bewegen. Dann habe er gefragt, ob bekannt sei, dass die Parkflächen des Meesenplatzes an den Wochenenden regelmäßig von LKW benutzt würden. Dem Ordnungs- und Verkehrsdienst sei dies bekannt. Auf Anfrage bei dem dortigen 3. Polizeirevier sei mitgeteilt worden, dass es sich nur um wenige Fahrzeuge handele. Auf die Frage, welche Vorschläge die Hansestadt Lübeck bezüglich des Verhinderns von Dauerparken auf dem Meesenplatz durch LKW habe, könne er nur sagen, dass kein Handlungsbedarf gesehen werde, da weder der Ordnungsdienst, noch die Verkehrsbehörde oder die Polizei dort ein Problem sehe. Ausweichmöglichkeiten für die LKW bestünden auf dem Volksfestplatz. Die nächste Frage sei gewesen, welche Nutzung der Parkplätze sowohl baulich als auch verkehrsrechtlich für diese Parkplätze vorgesehen sei. Die Parkplätze seien in der Nutzung durch die temporäre Parkscheibenpflicht (Montag und Donnerstag jeweils von 7-13 Uhr) beschränkt. Ebenso sei ein Teil der Fläche zeitweise als Marktfläche komplett für parkende Fahrzeuge gesperrt. Weitere Einschränkungen gebe es nicht. Weiter habe er Schaffenberg wissen wollen, was die Verwaltung zu unternehmen gedenke, um die Parkplätze vorrangig für Pkw der Anwohner und Besucher des Meesenplatzes zur Verfügung zu halten. Man sehe jedoch nach wie vor keinen akuten Handlungsbedarf. Der Ordnungs- und Verkehrsdienst habe keine Handhabe, wenn keine Ordnungswidrigkeiten begangen würden. Zu guter Letzt sei gefragt worden, ob

Kontrollen im Lübecker Stadtgebiet statt finden würden, um Parken von LKW in Wohn- und Mischgebieten zu ahnden und wie viele Kontrollen und Verwarnungen es 2012 gegeben habe. Die Überwachung der Wohngebiete im gesamten Stadtgebiet sei personell nicht zu leisten. Auf konkrete Beschwerden würde aber reagiert werden. In den Sommermonaten 2012 seien 28 Fahrzeuge notiert worden, 10 davon hätten Verwarnungen erhalten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.4 Polizeibeirat

[Sicherheitskonzept ZOB]

Herr Hüttmann gibt bekannt, dass sich die Straftaten am ZOB von 2010 bis 2012 durch die bereits vorgestellten Maßnahmen halbiert hätten. Ein detaillierter Bericht folge zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Zahn lobt die Arbeit des 2. Polizeireviers, welches sich intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt habe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

[Salafisten in Lübeck]

Herr Hüttmann erklärt, dass es am Samstag, den 04.05.2013 eine Auseinandersetzung zwischen zwei religiösen Gruppen gegeben habe. Dies sei nicht der erste Konflikt zwischen diesen Gruppen gewesen.

Herr Rathcke möchte wissen, um wie viele Personen es sich in den Gruppen handele.

Herr Hüttmann antwortet, dass dies interne Informationen seien, die er nicht preisgeben werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

[Neuordnung der Polizei in Schleswig-Holstein]

Herr Mauritz fragt nach, ob die Neuordnung der Polizei auch Folgen für die Lübecker Polizei habe.

Herr Hüttmann bejaht dies und erklärt, dass es auch in Lübeck Personaleinsparungen geben müsse. Am meisten habe es Itzehoe und Dithmarschen getroffen. Man müsse nun die Besetzung der Schichten an die Begebenheiten anpassen. Beispielsweise müsse man schauen, zu welcher Tages- und Jahreszeit das Einsatzaufkommen hoch sei und zu welchen Zeiten niedrig. Die KollegInnen müssten nun zum Teil auch ihre Freizeit anpassen.

Herr Martens möchte wissen, ob es noch weitere Einsparungen geben werde.

Herr Hüttmann antwortet, dass irgendwann eine Schmerzgrenze erreicht sei, nämlich dann, wenn die Bürger unter der Notrufnummer 110 nicht mehr bedient werden können. An diesem Punkt sei die Lübecker Polizei aber noch nicht.

Herr Böhlke erkundigt sich, ob die Polizeistation in Buntekuh trotzdem noch eingerichtet werde.

Herr Hüttmann erklärt, dass die Station bereits fertig geplant sei und die Zuständigkeiten geregelt seien. Es seien nur noch Verhandlungen mit dem Vermieter des Gebäudes zu führen und Umbaumaßnahmen zu erledigen.

Herr Möller sagt, dass dem Ausschuss vor einigen Monaten bereits darüber berichtet worden sei, dass sich die Polizei beispielsweise aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs zurück gezogen habe. Somit seien auch die Kommunen von den Einsparungen betroffen und müssten Ausgleich schaffen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Aktuelles aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8 Vorlagen

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Berichte

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Neue Anfragen und Verschiedenes

Neue Anfragen:

[Sanaklinik]

Herr Möller erklärt, dass der Fall in der Sana-Klinik vom Bereich Recht aufgearbeitet werde. Es seien von einigen Ausschussmitgliedern Fragen eingereicht worden, die aufgrund des laufenden Verfahrens zum Teil noch nicht in der Öffentlichkeit beantwortet werden sollten. Man müsse den Verfahrensverlauf abwarten.

Herr Neumann fügt hinzu, dass die Fragen sehr kurzfristig eingereicht worden seien. Man stehe im Kontakt mit den Kliniken und arbeite den Vorfall gemeinsam auf. Er sei froh, dass das Thema mittlerweile nicht mehr so groß in der Presse diskutiert werde, da die Angehörigen sehr darunter leiden würden. Die Gesprächsergebnisse werde er gerne vorstellen.

Herr Rathcke appelliert an alle, den Angehörigen mehr Einfühlungsvermögen entgegenzubringen.

Herr Möller betont, dass das Ehrenamt nicht zurückgewiesen werden solle, das Verfahren aber dennoch abgewartet werden müsse. Er schlägt vor, die Fragen, die zu diesem Zeitpunkt beantwortet werden können, schriftlich im Protokoll zu beantworten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Anmerkung der Protokollführerin: Anbei die Fragen und Antworten zum Thema „Sanaklinik“:

Anfragen Herr Schaffenberg und Herr Hinrichs:

1. Gab es in den vergangenen 10 Jahren vergleichbare Anfahrverbote seitens der Rettungsfahrzeuge für das UKSH und/oder die SANA-Klinik/ehemals städtisches Klinikum?
Antwort: Nein.
2. Wenn ja, welche Gründe lagen vor? Waren es stets „Kommunikationsprobleme“?
Antwort: -
3. Sind Ihnen Anfahrverbote (auch stundenweise) aus anderen Kommunen in Schleswig-Holstein bekannt? Wenn ja, welche und wann trugen sich diese Anfahrverbote zu?
Antwort: Nein.
4. Was bewog Sie, das Anfahrverbot innerhalb von 8 Stunden wieder aufzuheben?
Antwort: Die Weisung, mit Intensivpatienten die Sana Kliniken Krankenhaus Süd vorübergehend nicht anzufahren, war begrenzt bis zu dem Zeitpunkt, ab dem die Klinik eine Erklärung vorlegt, dass sie eine adäquate intensivmedizinische Weiterversorgung von Notfallpatienten gewährleisten kann. Diese Regelung war mit dem Bereich Recht abgesprochen. Am folgenden Tag gab ein verantwortlicher Arzt der Sana Kliniken in einer größeren Gesprächsrunde bei der Feuerwehr mündlich diese Erklärung ab.
5. Drohen den beteiligten Notärzten irgendwelche Konsequenzen? Wenn ja, welche?
Antwort: Von Seiten der Feuerwehr ist kein Fehlverhalten der Notärzte erkennbar, so dass auch keine Konsequenzen drohen.
6. Gab es in der Zeit des geltenden Anfahrverbotes Engpässe in der Notfallversorgung der Lübeckerinnen und Lübecker? Wenn ja, welche?
Antwort: Nein.
7. Sollten andere Krankenhäuser in anderen Städten für die Zeit des geltenden Anfahrverbots Kapazitäten freihalten? Wenn ja, welche und wie viele Betten?
Antwort: Nein.
8. Wurden diese Ausweichkapazitäten in Anspruch genommen?
Antwort: -

9. Sind Ihnen Fälle von Patienten bekannt, die in den vergangenen 10 Jahren durch das UKSH oder die SANA-Klinik abgewiesen wurden? Wenn ja, welche und was waren die Begründungen für die Abweisung von Notfallpatienten?
Antwort: Beide großen Kliniken in Lübeck sind nach dem Krankenhausplan in die Notfallversorgung eingebunden und dürfen Patienten nicht ablehnen. Gleichwohl kann es situativ Engpässe in der Versorgungskapazität auch solcher Kliniken geben, die es sinnvoll erscheinen lassen, einen Patienten in ein anderes Krankenhaus zu bringen.
10. Welche Rechtsgrundlagen gibt es, die es einer Klinik ermöglichen, eventuell Patienten abzulehnen?
Antwort: siehe 9.
11. Wie oft haben sich das UKSH und/oder die SANA-Klinik in den vergangenen 10 Jahren bei der Leitstelle abgemeldet?
Antwort: Hierüber wird bei der Feuerwehr keine Statistik geführt. Die Zahl der Abmeldungen scheint aber zuzunehmen.
12. Wie oft war das der Fall, obwohl die jeweilige Klinik eigentlich Aufnahmetag hatte (Regelung an geraden Tagen die SANA-Klinik, an ungeraden Tagen das UKSH)?
Antwort: siehe 11.
13. Wie oft haben sich UKSH und/oder SANA-Klinik in den vergangenen 10 Jahren an ihren jeweiligen Aufnahmetagen bereits morgens abgemeldet?
Antwort: siehe 11.
14. Wird seitens des Trägers des Rettungsdienstes (in HL die Berufsfeuerwehr) überprüft, ob die Kapazitäten tatsächlich erschöpft sind? Wenn ja, wie?
Antwort: Nein, das fällt auch nicht in die Befugnis des Rettungsdienstes. Zuständige Aufsichtsbehörde ist das Sozialministerium.
15. Werden Anordnungen der Notärzte seitens der Kliniken jemals in Frage gestellt oder ist es nicht eher „Usus“, sich an die Anordnungen der Notfallärzte bezüglich der Weiterbehandlung der Patienten zu halten?
Antwort: Mit Übergabe des Patienten an das Krankenhaus geht die Anordnungsbefugnis und Verantwortung an den Arzt des Krankenhauses über.
16. Wie gedenken Sie die „Kommunikationsprobleme“ zu minimieren, im Sinne einer gesicherten Notfallbehandlung aller hier lebenden Menschen?
Antwort: Der bereits existierende Runde Tisch des Rettungsdienstträgers und der Aufnahmekrankenhäuser wird ein einheitliches Patientenübergabeverfahren erarbeiten.
17. Wird die Stadt abgesehen von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft ihrerseits Untersuchungen einleiten, um Rückschlüsse aus den Vorfällen zu ziehen?
Antwort: Zum von der Staatsanwaltschaft untersuchten speziellen Fall wird es keine weiteren Untersuchungen geben. Zur allgemeinen Verfahrensweise siehe 16.

Anfragen Herr Martens:

1. Aus welchem Grund wollten die Sana Kliniken die zwei Notfallpatienten, darunter eine 92-Jährige Frau die später verstarb, nicht aufnehmen?
Antwort: Der Fall wird noch staatsanwaltschaftlich untersucht.
2. Wie stellen sich Kommunikationsprobleme zwischen der Notarzdienstbeförderung der Feuerwehr Lübeck und den Sana Kliniken dar?
Antwort: Gemeint ist die Kommunikation zwischen Einsatzleitstelle und Intensivstation bzw. Zentraler Notaufnahme.

3. Haben sich die Sana Kliniken auch schon in der Vergangenheit geweigert Notfallpatienten aufzunehmen?

Antwort: Ist bei der Feuerwehr nicht dokumentiert.

4. Gibt es Anhaltspunkte für eine falsche Behandlung der 92-Jährigen durch Sana-Personal?

Antwort: Der Fall wird noch staatsanwaltschaftlich untersucht.

5. Könnte der Tod der 92-jährigen Patientin in Verbindung mit der Abweisung stehen?

Antwort: Der Fall wird noch staatsanwaltschaftlich untersucht.

6. Gibt es schon ein Ergebnis der Obduktion der 92-jährigen Patientin?

Antwort: Der Fall wird noch staatsanwaltschaftlich untersucht.

[Feuerwehrboot]

Herr Mauritz erkundigt sich, wo der Standort des neuen Feuerwehrbootes sei.

Herr Neumann antwortet, dass es sich um ein Mehrzweckboot handele, dass auf einem Anhänger bei der Feuerwache 1 stehe. Dadurch seien verschiedene Einsatzorte möglich. Derzeit würden Schulungen zur Handhabung des Bootes durchgeführt. Bisher hätten noch keine Einsätze damit stattgefunden.

Herr Friedrichsen fragt nach, wie groß das Boot sei.

Herr Neumann schätzt, dass es 6 bis 7 Meter lang sei. Das Modell werde bereits von anderen Kommunen genutzt und habe sich dort bewährt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

[Schutzimpfungen Feuerwehr]

Herr Mauritz sagt, er habe gehört, dass die Feuerwehrmänner, die zum Einsatz beim Elbe-Hochwasser geimpft worden seien, nun die Auffrischung selber zahlen müssten.

Herr Neumann erklärt, dass zu dem Hochwasser eine Einheit von Feuerwehrmännern zusammen gestellt worden sei. Zum Einsatz sei es letztendlich nicht gekommen. Da es sich um einen ehrenamtlichen Einsatz gehandelt habe, würde nun erst bei einem erneuten Einsatz geschaut werden, wer eine Impfung benötigt. Eine Kostenübernahme sei dann zu prüfen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.1 Fußballgewalt Lübeck

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 11 Niederschriften vom 04.03.2013

Herr Rathcke stellt die Nichtöffentlichkeit um 18:01 Uhr her.

Herr Stier erklärt, dass es keine schriftlichen Einwände gegen die Niederschrift gegeben habe und fragt nach, ob es Änderungswünsche gebe.

Der Ausschuss verneint dies.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift einstimmig fest.

zu 12 Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 13 Beantwortung von Anfragen

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 14 Anträge

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 15 Vorlagen

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 16 Berichte

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 17 Neue Anfragen und Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Öffentlicher Teil:

zu 18 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Rathcke stellt die Öffentlichkeit um 18:03 Uhr wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Er bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern für die tolle Zusammenarbeit im Ausschuss, welcher nach der bevorstehenden Kommunalwahl mit dem Umweltausschuss zusammengelegt wird und schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Lübeck, den 26. Juli 2013

Thomas Rathcke
Vorsitzender

Lisa Paetzold
Protokollführerin

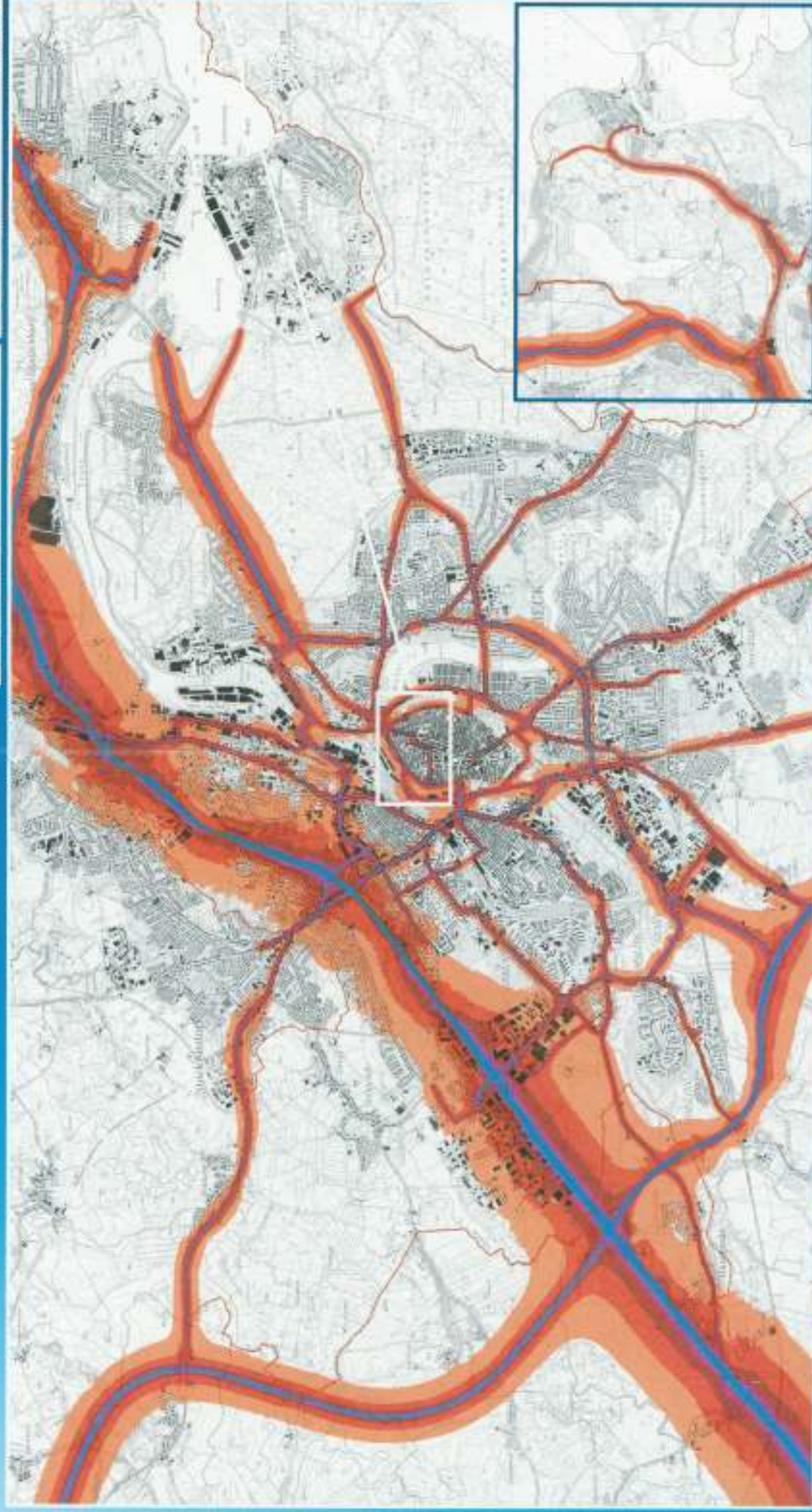
Lärmkarte Hansestadt Lübeck

Straßenlärm - 24 Stunden-Pegel $L_{eq,24h}$ in dB(A)
Hauptverkehrsstraßen mit über 3 Mio. Fahrzeugen
pro Jahr*

Rechenmethode:
Berechnungsmodell: NIM 2011.5
Berechnungsprogramm: NIM 2011.5
* nur für die Hauptverkehrsstraßen

< 75 dB(A)
 > 75 - 76 dB(A)
 > 76 - 77 dB(A)
 > 77 - 78 dB(A)
 > 78 - 79 dB(A)
 > 79 - 80 dB(A)

Gebäude
 Landesgrenze
 Grenzlinie
 Landesgrenze
 Landesgrenze
 Landesgrenze
 Landesgrenze



Lärmkartierung zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie Richtlinie 2002/49/EG in der Hansestadt Lübeck
 Große Lärmkarte: Hansestadt Lübeck Str L_{DEN} Übersicht Südwest Kleine Lärmkarte: Hansestadt Lübeck Str L_{DEN} Übersicht Nordost (Travemünde)